

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 33 (1953-1954)
Heft: 5

Rubrik: Stimmen der Welpresse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

STIMMEN DER WELTPRESSE

Der Autor des Buches «Sprungbrett Alaska — Land der Zukunft» (Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg), *Werner G. Krug*, veröffentlichte in der Zeitschrift für Internationale Fragen «Außenpolitik», Heft 5/1953, einen interessanten Bericht über das Territorium *Alaska*, dem wir folgende Angaben entnehmen: Amerika besitzt in Alaska einen strategisch überaus exponierten, militärisch äußerst wichtigen Großraum, dessen gegenwärtige Entwicklung hinsichtlich Tempo und Ausmaß alles Frühere in den Schatten stellt. Der Kauf dieses Territoriums im Jahre 1867 von den Russen um 7,2 Mio Dollar hat sich nicht nur als das einträglichste und gewinnbringendste Geschäft der USA herausgestellt, er war auch in politischer und strategischer Hinsicht von allergrößter Bedeutung. Dreißig Jahre nach diesem Kauf erlebte Alaska seinen ersten großen «Boom», bekannt als «Goldrausch am Klondike». Der heutige wirtschaftliche und wehrpolitische Aufschwung Alaskas aber stellt selbst die hektische Goldgräberzeit um die Jahrhundertwende bei weitem in den Schatten. Der heutige «Boom» Alaskas zieht die Menschen an wie das Licht die Falter. Mit der Landung der Japaner auf den Aläuteninseln 1942 und mit ihrem erfolglosen Überfall auf Dutch Harbour zeigten sie Amerika die große militär-strategische Bedeutung der subarktischen Landmasse, die mit 1,5 Mio Quadratkilometern Fläche größer ist als die vier skandinavischen Länder zusammen, denen es in seiner räumlichen und klimatischen Lage sehr ähnlich ist. Während aber in den vier skandinavischen Staaten 16 Mio Menschen wohnen, waren es in Alaska bis vor kurzem nur 138 000, davon mehr als 30 000 Eskimos, Aläuten und Indianer. Eingedenk der inzwischen weltberühmt gewordenen Warnung des Generals Billy Mitchell «Wer Alaska besitzt, beherrscht die Welt!» ist Alaska im Zeitalter globaler Strategie und angesichts der Bedeutung der Polargebiete für den künftigen transkontinentalen Flugverkehr noch mehr in den Blickpunkt militärischer Planung gerückt.

Alaska liegt buchstäblich vor der Haustüre der Sowjetunion, nur durch die schmale, im Winter teilweise zugefrorene Bering-See von ihr getrennt. Der eiserne Vorhang und die internationale Datumslinie verlaufen zwischen den beiden Diomedes-Inseln. Während auf der Großen Diomedesinsel fieberhafte Befestigungsarbeiten der Russen im Gange sein sollen, hält auf der Kleinen Diomedesinsel eine Handvoll amerikanischer GI's Wache. In diesen beiden Inseln im fernen Bering-See stehen sich in Wirklichkeit die beiden größten und gegensätzlichsten Weltmächte, die USA und die Sowjetunion, auf Sicht- und Rufweite gegenüber. Kein Wunder, daß die USA Alaska mit allen Mitteln gegen jeden Angriff zu wappnen suchen. Hand in Hand mit ungeheuren Verteidigungsvorbereitungen geht ein beispielloser Wirtschafts- und Verkehrsaufschwung. Es erstehen neue Start- und Landebahnen für schwerste Düsenbomber, desgleichen der größte internationale Zivilflughafen für die direkte Verbindung über den Pol nach Europa. Große Teile des Landes sind aus militärischen Sicherheitsgründen für die Öffentlichkeit gesperrt. Beobachtungs- und Wetterstationen der Luftwaffe sind über das ganze Territorium verstreut. Am Polarkreis unterhält das Heer ein arktisches Schulungslager. Ebenso umfangreich sind die Stützpunkte der Marine. Der strategischen Schlüsselstellung des Territoriums entspricht ein vor dem Kongreß liegender Gesetzesentwurf, Alaska als 49. Bundesstaat in die USA aufzunehmen.

Unter den zehn *südamerikanischen Republiken* besitzen nur fünf eine freie Presse: Brasilien, Chile, Ecuador, Peru und Uruguay. In Argentinien, Bolivien, Columbien, Paraguay und Venezuela sind die *Freiheiten der Presse* stark beschnit-

ten, wenn nicht überhaupt aufgehoben. Das Monatsbulletin des *Internationalen Presseinstitutes* in Zürich, die *«Cahiers de l'I. I. P.»*, weisen in ihrer Maiausgabe, auf Grund verschiedener Berichte aus Südamerika, nach, wie sehr sich der wachsende Einfluß der autoritären Regierungen auf die Presse der benachbarten demokratischen Länder zu einem ernsthaften Problem für Südamerika gestaltet. Das Ausmaß dieser Gefahr erhellt aus dem letzten Bericht, den die Kommission für Pressefreiheit im März 1953 dem Direktionskomitee der interamerikanischen Pressevereinigung (IAPA) unterbreitet hat. Schon das ständige Hervorheben der Vorteile des autoritären Regimes durch dessen Propagandamittel vermag auf die Dauer in einem Gebiet, das wie Lateinamerika ethnisch und traditionell eine gewisse Einheit darstellt, die Neigung für die Demokratie zu schwächen. Zu diesen indirekten Einwirkungen kommt die aktive Propaganda durch Presseagenturen, die eigentliche nationale Propagandastellen darstellen. So überschwemmt beispielsweise die *Agencia Latina* in Argentinien die anderen Staaten Südamerikas mit Lobhymnen über das Regime Perons. Bringt die demokratische Presse Berichte oder Darstellungen, die für ein autoritäres Regime ungünstig lauten, so sucht sich dieses durch diplomatischen Druck jeder Art Genugtuung zu verschaffen und die freie Presse einzuschüchtern. Haben die diplomatischen Schritte Erfolg, so leidet darunter die Orientierung der öffentlichen Meinung; bleiben sie ohne Erfolg, so ergeben sich zwischen den beiden Staaten Spannungen, unter denen letzten Endes wieder die demokratische Presse als Urheberin dieser Spannungen zu leiden hat. Die kurze Übersicht beweist anhand konkreter Beispiele, wie in Südamerika der Umfang der Pressefreiheit auch in den demokratischen Ländern immer mehr eingeengt wird.

In der unabhängigen römischen Tageszeitung *«Il Giornale d'Italia»* vom 3. Juli, welche die Tendenz der Zentrumsparteien mit Sympathie verfolgt, analysiert *Luigi Somma*, unter dem Titel *«Taktik und Grenzen der kommunistischen Partei»*, die innere Lage Frankreichs, insbesondere im Hinblick auf die kommunistische Partei. Der Zweck der französischen kommunistischen Partei besteht danach in der Förderung einer möglichen Volksfront, durch Zubilligung von Bewegungsfreiheit an die Rechtsparteien und Fälschung von Dokumenten, mit der Absicht, die sozialistische Partei, den unerbittlichen Feind der Kommunisten, dazu zu bringen, die Mitverantwortung an der Regierung zu übernehmen. Das Spiel von Thorez läßt sich daher mit demjenigen von Togliatti nicht vergleichen; dieser strebt danach, das Parlament in Mißkredit zu bringen, um es durch Sabotage zu überwinden, jener hat begriffen, daß sich in Frankreich nichts machen läßt ohne das Parlament und betreibt daher eine Politik des Zuwartens, in der Hoffnung, daß beim Aderlaß anderer, Leute herbeiströmen möchten, die weder an Aktionsprogramme gebunden sind (wie in Italien) noch den Bürgerlichen verdächtig wären. Der Verfasser des Artikels hält fest, daß die französische kommunistische Partei besser als die italienische vorbereitet sei, die Psychologie der bürgerlichen Demokratien zu verstehen. Ein neuer Beweis hiefür liegt in der kärglichen Folge der berühmten Verhaftungen in Frankreich, im Zusammenhang mit dem Komplott gegen den Staat. In Italien hätte das gleiche Ereignis eine viel stärkere Reaktion ausgelöst. Aber in Frankreich ist die Machtergreifung durch den Kommunismus doch sehr unwahrscheinlich wegen des diesem Volke eingeborenen Glaubens an die Zukunft und an die Freiheit, wegen des auch nach der deutschen Invasion eingetretenen Wiederaufschwunges, und weil das französische Volk der Regierung die möglichen verantwortlichen Fehler nicht allzu leicht verzeihen würde, wenn Thorez in den nächsten Monaten irgendwelche Gewinne zu verzeichnen hätte.

In dem Artikel *«Tito und die MIG»* des *«Rheinischen Merkurs»* Nr. 28 wird der Nachweis erbracht, daß *Jugoslawien russische Geheimnisse schützt*. «Seit Monaten erhält Tito im Rahmen der westlichen Militärhilfe nicht nur schwere Panzer und

Artillerie, sondern auch modernste amerikanische Düsenjäger kostenlos ins Land geliefert. Jugoslawische Piloten und Flugtechniker werden — ebenfalls unentgeltlich — zur Ausbildung auf amerikanische Flugplätze und in amerikanische Flugzeugfabriken geschickt.» Trotzdem hat sich Tito geweigert, zwei notgelandete MIG neuester Konstruktion durch westliche Fachexperten untersuchen zu lassen. «Es widerspräche der ‚Dritte-Kraft-Politik‘ Jugoslawiens, wenn die sowjetische MIG den Experten der Vereinigten Staaten zum Ausschachten zur Verfügung gestellt würde.» «Nach diesem Vorfall, so erklärt man in Kreisen der USA-Militärmission in Belgrad, wird auch die westliche Militärhilfe für Tito auf ‚eine neue Basis‘ zu stellen sein.»

Die Juli-Nummer des *«Intelligence Digest»* (London S. W. 1, 14, Old Queen Street) äußert sich unter dem Titel *«Die Wahrheit über russische und chinesische Politik»* wie folgt: «Unserer Ansicht nach wird nichts das Publikum auf die gegenwärtigen Gefahren aufmerksam machen, wenn nicht ein außergewöhnliches Ereignis den Nachweis erbringt, daß die ganze russische und chinesische Politik darauf hinziele, uns in eine wehrlose Lage zu versetzen und dann in einem von ihnen gewählten Augenblick zuzuschlagen. Alle vertraulichen Berichte, die wir überprüfen konnten, weisen dies eindeutig nach. — Genau gleich wie durch die Gruppe, welche das Amerikanische Institut für friedliche Beziehungen (American Institute of Pacific Relations) umgibt, der Weg für die Kapitulation von Yalta sorgfältig vorbereitet worden war, hat eine gleichgerichtete Gruppe die Politik in die Wege geleitet, welche nun die Nato zu zerstören droht. Sie will die kostbare, so mühsam aufgebaute westliche Einigkeit zerstören, Südost-Asien preisgeben und Rußland und China erlauben, eine unüberwindliche Kraft aufzubauen. Dies alles wird geschehen, es sei denn, ein außergewöhnliches Ereignis komme dazwischen oder die öffentliche Meinung könne raschestens aufgerüttelt werden.

In dem, in der unabhängigen, ökonomischen, der Tendenz der Zentrumsparteien zugeneigten Tageszeitung *«Il Globo»* vom 7. Juli, unter dem Titel *«Unnütze Lektion»* erschienenen Artikel, führt *Pietro Gerbore* aus, daß, gemäß dem als *«Bell Report»* bekannten amerikanischen Bericht *«A Trade and Tariff Policy in the National Interest»*, die Dollarknappheit in Europa vor allem auf die Teilung des Kontinentes in zwei Zonen, und insbesondere auf die beschleunigte Industrialisierung der weniger entwickelten Länder Osteuropas zurückzuführen sei. — Die Einschränkung des Handels in Osteuropa hat die westeuropäischen Länder stärker nach den USA und Kanada gewiesen, was eine Störung im Gleichgewicht der Preise zwischen importierten Produkten und im Austausch angebotenen Waren zur Folge hatte.

Um die Aufteilung der freien Welt in zwei Blöcke und die Ergreifung einschränkender Maßnahmen gegen die amerikanischen Produkte zu verhindern, empfiehlt der *«Bell Report»* eine rationellere Produktion in den europäischen Ländern, in einigen von ihnen die Unterbindung inflationistischer Strömungen und in anderen den Verzicht auf eine künstliche und unökonomische Industrialisierung. — Der amerikanische Bericht verlangt abschließend größere amerikanische Investitionen und eine gründliche Revision der amerikanischen Zollgesetzgebung.

Pietro Gerbore bemerkt demgegenüber, ohne dabei das Bestehen einer für die Liberalisierung des Handels mit dem Auslande sich einsetzenden Interessengruppe in Washington zu übersehen, daß dort ebenfalls eine von den Republikanern und 125 nationalen Organisationen unterstützte protektionistische Offensive zugunsten einer Verschärfung der Zollgesetze existiere. — Dieselbe Regierung ist nicht imstande, den Protektionisten wirksam entgegen zu treten. *Pietro Gerbore* kann nicht umhin, an die dem ersten Weltkriege folgende Erfahrung zu erinnern, als die

Zollpolitik von Harding und von Hoover zum Clearingsystem, zu den verhängnisvollen Abenteuern in Deutschland und Italien und zur Krise von Wall Street im Jahre 1930 führte.

Berichte aus Genf, Budapest, Prag und Warschau werfen die nachfolgend in kurzen Zügen skizzierten Streiflichter auf die brennendsten Probleme in der *Wirtschaft der Satellitenländer*¹⁾: Nachdem die Jahresmeldungen über die Erfüllung der für 1952 aufgestellten Produktionspläne in allen Ländern Osteuropas erstattet worden sind, zeichnet sich deren ökonomische Entwicklung im verflossenen Jahre klarer ab. Überall ist die industrielle Leistung gewachsen, wenn auch ihre prozentuale Zunahme hinter der Vergleichszahl von 1951 zurückblieb. Infolge exakterer Ansätze der Planungen war die Differenz zwischen Planziel und erreichter Produktion nur unbedeutend. So hat die industrielle Gesamtproduktion 1952 in Bulgarien 98,9, in der Tschechoslowakei 98,5, in der ostdeutschen Sowjetzone 103,0, in Ungarn 100,7, in Polen 98,0 und in Rumänien 101,7% der Planziffern betragen. Interessant ist es, den Übersichten zu entnehmen, daß die Sollerfüllung bei der Leichtindustrie durchweg besser war als bei der vielerorts schon an der äußersten Kapazitätsgrenze angelangten Schwerindustrie. Der allgemeine Engpaß in der Kohlenversorgung des Ostens hat sich auch im Berichtsjahre nicht erweitert. Lückenhaft sind die Informationen über die agrarische Produktion; sicher ist nur, daß die Trockenheit bei Feldfrüchten in Ungarn und bei Kartoffeln in der deutschen Sowjetzone eine Mißernte verursacht hat. — Die Tendenz, den auf Investitionen entfallenden Anteil des Nationalproduktes laufend zu vergrößern, war 1952 im Osten überall (mit der einzigen Ausnahme Bulgariens) ausgeprägt. Dabei scheint ein starker inflationistischer Druck auf dem Konsumgütersektor kennzeichnend zu sein, der in der deutschen Sowjetzone während der zweiten Jahreshälfte zu einer (auch in der Gegenwart noch nicht behobenen) ersten Konsumkrise geführt hat. In weiten Gebieten des europäischen Ostens war man bestrebt, eine übermäßige Nachfrage der Verbraucher durch Preiserhöhungen abzufangen, für die auch der Abbau der Rationierung in Ostdeutschland, Polen und der Tschechoslowakei bestimmt war. (In diesem Preisanstieg ist eine der Ursachen für die jüngsten revolutionären Vorgänge in Ostdeutschland zu suchen.) Rumänien hat zur Verringerung des inflationistischen Druckes gute Erfolge mit einer Reduktion der Staatsausgaben erzielt, ohne allerdings der Ernährungskrise Herr werden zu können.

In Ungarn wurde 1952 in der Beeinflussung der öffentlichen Meinung der Nachdruck auf die Wichtigkeit der Kriegswirtschaft für das Leben der Nation gelegt. Der Verfasser des zitierten Artikels, der stellvertretende Verteidigungsminister General Janza, machte sich dabei die Argumentation von Stalin zu eigen, der in einer Rede im Jahre 1935 ausgeführt hatte: «Wenn wir die drei Milliarden, die wir für die Schaffung unserer Industrie ausgegeben haben, zur Einfuhr von Rohstoffen und zur Erhöhung der Produktion von Massenbedarfsartikeln verwendet hätten, besäßen wir heute weder eine Hüttenindustrie noch einen Maschinenbau, weder Traktoren und Automobile noch Flugzeuge und Tanks. Wir würden den äußeren Feinden wehrlos gegenüberstehen.» So habe auch das ungarische Volk eingesehen, welch gewaltige Schule der Erziehung die Volksarmee darstelle.

In der Tschechoslowakei steht die brutale Währungsreform naturgemäß im Brennpunkt des Interesses. Die Regierung und die kommunistische Presse bemühen

¹⁾ «Developments in Eastern Europe» in «Economic Bulletin», Genf, Mai 1953. «Unsere Volksarmee — die Beschützerin des ungarischen Volkes», von Generalmajor Károly Janza, stellvertretender Verteidigungsminister, in «Szabad Ifjúság», Budapest, vom 28. September 1952; «Währungsreform und Abschaffung der Karten» in «Rudé Právo», Prag, vom 31. Mai 1953; «Die Regelung des Lohn- und Normensystems», von W. Klosiewicz, Vorsitzender des Zentralrates der Polnischen Gewerkschaften, in «Trybuna Ludu», Warschau, vom 10. Mai 1953.

sich, die Aktion der Bevölkerung plausibel zu machen. Man verweist darauf, daß der Beschluß zur Durchführung der Währungsreform (alte Tschechenkronen werden im Verhältnis 50:1 und nur bei Angehörigen der «Arbeiterklasse» bis 300 Kcs 5:1; Sparguthaben bis 5000 Kcs mit 5:1, bis 10 000 Kcs mit 6,25:1, weitere 10 000 Kcs mit 10:1, weitere 25 000 Kcs mit 25:1 umgetauscht) und zur Abschaffung des Kartensystems von weittragender Bedeutung für die Volkswirtschaft sei. Der überhöhte Geldumlauf mit seinen störenden Wirkungen hätte ein Eingreifen unausweichlich gemacht. Nunmehr böte die Einführung der freien Marktwirtschaft mit einheitlichen Kleinverkaufspreisen den Werktätigen, denen auch durch gleichzeitige Erhöhung der Löhne geholfen werde, große Vorteile.

In *Polen* widmet die Presse dem Erfordernis einer Normerhöhung in der Industrie (die bekanntlich in Ost-Berlin den Widerstand der Arbeiter ausgelöst hat) ihre besondere Aufmerksamkeit. Im vierten Jahre des Sechsjahresplans — so wird in Warschau betont — seien in der polnischen Industrie häufige Verstöße des Verwaltungsapparates und der Lohnaufsichtsorgane gegen die «Finanzdisziplin» und deren ungleichmäßige Handhabung des Lohn- und Normensystems durch Überschreitung des Lohnfonds und ungerechte Einstufung der Arbeitskräfte zu beklagen. Norm und Löhne müßten den tatsächlichen Produktionsbedingungen besser angepaßt (will sagen: die Norm muß erhöht) werden, um eine Vorwärtsentwicklung der Industrie «im Sinne der Hauptaufgaben der sozialistischen Wirtschaft» zu bewirken. Auch machten die angewandten Rationalisierungsmaßnahmen eine Angleichung der Normen notwendig.